



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 31. März 2023
(OR. en)

7389/23
PV CONS 11
SOC 179
EMPL 128
SAN 137
CONSOM 79

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

(Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)

13. und 14. März 2023

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 4
2. Annahme der A-Punkte 4
Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Europäisches Semester 2023 5
 - a) Gemeinsamer Beschäftigungsbericht
 - b) Schlussfolgerungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023 und zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht
4. Ein Jahr nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine: Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU mit Schwerpunkt auf der Arbeitsmarktsituation vorübergehend aus der Ukraine Vertriebener 5
5. Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, das IAO-Übereinkommen von 1919 zu Gewalt und Belästigung (Nr. 190) zu ratifizieren..... 5

Sonstiges

6. a) Arbeitsprogramme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz für 2023 6
- b) Erläuterung der Empfehlungen aus der Mission des Sonderberaters Asscher für die Ukraine 6
- c) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge
 - i) Beschluss über ein Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023 – geplante Aktivitäten und Zusammenarbeit mit Interessenträgern..... 6
 - ii) Richtlinie zur Änderung der Richtlinien 98/24/EG und 2004/37/EG hinsichtlich der Grenzwerte für Blei und seine anorganischen Verbindungen und Diisocyanate..... 6
- d) Bericht der Kommission an den Rat über die Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige..... 7
- e) Bericht der hochrangigen Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes und des Sozialstaats in der EU 7
- f) Sozialforum von Porto (Porto, 25.-27. Mai 2023) 7
- g) Dreigliedriger Sozialgipfel (Brüssel, 22. März)..... 7

GESUNDHEIT

Beratungen über Gesetzgebungsakte

7. Verordnung über die an die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) zu entrichtenden Gebühren und Entgelte 8

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

8. Strategie der Europäischen Union für globale Gesundheit 8

Sonstiges

9. a) Umsetzung der Rechtsvorschriften für Medizinprodukte 8
b) Verhandlungen über eine internationale Übereinkunft über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion sowie über ergänzende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) 9
c) Koordinierung und Zusammenarbeit in Bezug auf Long Covid (Zustand nach Covid-19) 9
d) Engpässe bei Arzneimitteln auf dem EU-Markt 9

- ANHANG – Erklärungen für das Ratsprotokoll 10

TAGUNG VOM MONTAG, 13. März 2023

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 7050/23 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der A-Punkte

Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 7169/23

Der Rat nahm die in Dokument 7169/23 enthaltenen A-Punkte einschließlich der zur Annahme vorgelegten COR- und REV-Dokumente an.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Europäisches Semester 2023
Gedankenaustausch

 6683/23

Der Rat führte anhand des in Dokument 6683/23 enthaltenen Vermerks des Vorsitzes einen Gedankenaustausch über das Europäische Semester.

a) Gemeinsamer Beschäftigungsbericht
Annahme

6059/23

Der Rat nahm den in Dokument 6059/23 enthaltenen Gemeinsamen Beschäftigungsbericht an.

b) Schlussfolgerungen zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023 und zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht
Billigung

6681/23

Der Rat billigte die Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023 und zum gemeinsamen Beschäftigungsbericht (Dokument 6681/23).

4. Ein Jahr nach Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine: Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU mit Schwerpunkt auf der Arbeitsmarktsituation vorübergehend aus der Ukraine Vertriebener¹
Gedankenaustausch

 6686/2/23 REV 2

Der Rat führte anhand des in Dokument 6686/2/23 REV 2 enthaltenen Vermerks des Vorsitzes einen Gedankenaustausch über die Beschäftigungslage und die soziale Lage in der EU, wobei der Schwerpunkt auf der Arbeitsmarktsituation vorübergehend aus der Ukraine Vertriebener lag.

5. Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, das IAO-Übereinkommen von 2019 zu Gewalt und Belästigung (Nr. 190) zu ratifizieren
Gedankenaustausch

 6685/23

¹ In Anwesenheit des Sonderberaters von Kommissionsmitglied Schmit für die Ukraine, der ukrainischen Ministerin für Sozialpolitik und der stellvertretenden Ministerin für europäische Integration in der Ukraine.

Sonstiges

6. a) **Arbeitsprogramme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz für 2023**  6674/23
Informationen der jeweiligen Vorsitzenden 6687/23

Der Rat wurde über die Arbeitsprogramme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz für 2023 (Dokument 6674/23 und 6687/23) unterrichtet.

- b) **Erläuterung der Empfehlungen aus der Mission des Sonderberaters Asscher für die Ukraine²**  6841/23
Informationen der Kommission

Der Rat wurde über die Empfehlungen unterrichtet, die sich aus der Mission des Sonderberaters Asscher in der Ukraine (Dokument 6841/23) ergeben.

- c) **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge** 
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

- i) **Beschluss über ein Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023 – geplante Aktivitäten und Zusammenarbeit mit Interessenträgern** 13365/22 + COR 1
Informationen der Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission über die geplanten Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit Interessenträgern im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen.

- ii) **Richtlinie zur Änderung der Richtlinien 98/24/EG und 2004/37/EG hinsichtlich der Grenzwerte für Blei und seine anorganischen Verbindungen und Diisocyanate** 6417/23 + ADD 1
Vorstellung durch die Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der geltenden Grenzwerte für Blei und seine anorganischen Verbindungen und Diisocyanate (Dokumente 6417/23 + ADD 1).

² Es informierte der Sonderberater von Kommissionsmitglied Schmit für die Ukraine. In Anwesenheit der ukrainischen Ministerin für Sozialpolitik, und der stellvertretenden Ministerin für europäische Integration in der Ukraine.

- d) **Bericht der Kommission an den Rat über die Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige** ☐ 5980/23
Informationen der Kommission

Der Rat wurde von der Kommission über ihren Bericht über die Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige unterrichtet (Dokument 5980/23).

- e) **Bericht der hochrangigen Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes und des Sozialstaats in der EU** ☐ 6816/23
Informationen der Kommission

Der Rat wurde auf der Grundlage des Dokuments 6816/23 über den Bericht der hochrangigen Expertengruppe zur Zukunft des Sozialschutzes und des Sozialstaats in der EU unterrichtet.

- f) **Sozialforum von Porto (Porto, 25.-27. Mai 2023)** ☐ 6912/23
Informationen der portugiesischen Delegation

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der portugiesischen Delegation über das Sozialforum von Porto (Dokument 6912/23).

- g) **Dreigliedriger Sozialgipfel (Brüssel, 22. März)** ☐ 6786/23
Informationen des Vorsitzes und der Kommission

Der Rat wurde vom Vorsitz und von der Kommission über den am 22. März 2023 anberaumten Dreigliedrigen Sozialgipfel unterrichtet (Dokument 6786/23).

TAGUNG VOM DIENSTAG, 14. März 2023

GESUNDHEIT

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

7. **Verordnung über die an die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) zu entrichtenden Gebühren und Entgelte**  6089/23
Orientierungsaussprache

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die Verordnung über die an die EMA zu entrichtenden Gebühren und Entgelte und einigte sich auf das vom Vorsitz in seinem Orientierungsvermerk vorgeschlagene weitere Vorgehen. Zudem nahm der Rat die Bemerkungen einiger Delegationen zur Kenntnis.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

8. **Strategie der Europäischen Union für globale Gesundheit³**  6090/23
Gedankenaustausch

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die Strategie der Europäischen Union für globale Gesundheit. Die Erklärung der bulgarischen, der polnischen, der litauischen und der ungarischen Delegation ist diesem Ratsprotokoll beigelegt.

Sonstiges

9. a) **Umsetzung der Rechtsvorschriften für Medizinprodukte**  6484/23
Informationen der Kommission

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Umsetzung der Rechtsvorschriften für Medizinprodukte sowie Bemerkungen mehrerer Delegationen zur Kenntnis.

³ In Anwesenheit der Direktorin des ECDC.

- b) **Verhandlungen über eine internationale Übereinkunft über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion sowie über ergänzende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005)** ☐ 6405/23
Informationen des Vorsitzes und der Kommission

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes und der Kommission über den Stand der Verhandlungen über eine internationale Übereinkunft über Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion sowie über ergänzende Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005).

- c) **Koordinierung und Zusammenarbeit in Bezug auf Long Covid (Zustand nach Covid-19)** ☐ 6586/23
Informationen der niederländischen Delegation

Der Rat nahm Kenntnis von den in Dokument 6586/23 enthaltenen Informationen der niederländischen Delegation über die Koordinierung und Zusammenarbeit in Bezug auf Long Covid sowie von den Ausführungen mehrerer Delegationen und der Kommission.

- d) **Engpässe bei Arzneimitteln auf dem EU-Markt⁴** ☐ 6672/1/23 REV 1
Informationen der tschechischen Delegation, unterstützt von der griechischen, der italienischen, der litauischen, der maltesischen, der niederländischen, der österreichischen, der portugiesischen, der slowenischen, der ungarischen und der zyprischen Delegation

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der tschechischen Delegation, unterstützt von der griechischen, der italienischen, der litauischen, der maltesischen, der niederländischen, der österreichischen, der portugiesischen, der slowenischen, der ungarischen und der zyprischen Delegation, zu Engpässen bei Arzneimitteln auf dem EU-Markt und von den Beiträgen mehrerer Delegationen sowie von der Reaktion der Kommission und der Europäischen Arzneimittel-Agentur.

⁴ In Anwesenheit der Exekutivdirektorin der EMA.

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 7050/23

Zu B- Punkt 8:

Strategie der Europäischen Union für globale Gesundheit
Gedankenaustausch

ERKLÄRUNG VON BULGARIEN, POLEN, LITAUEN UND UNGARN zur Beschaffung medizinischer Gegenmaßnahmen auf europäischer Ebene und im Rahmen der Strategie für globale Gesundheit unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit den Vereinbarungen über COVID-19-Impfstoffe mit Pfizer Inc. und BioNTech Manufacturing GmbH, einschließlich der vorgeschlagenen fünften Änderung

„Beim Thema der Beschaffung medizinischer Gegenmaßnahmen auf europäischer Ebene und im Rahmen der Strategie für globale Gesundheit betonen wir, die unterzeichnenden Minister für Gesundheit, dass den Bedürfnissen, Besonderheiten und Haushaltskapazitäten sämtlicher Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist.

In diesem Zusammenhang bringen wir unsere tiefe Besorgnis über die Vorschläge zum Ausdruck, die in der vorgelegten fünften Änderung der Impfstoffvereinbarung mit Pfizer enthalten sind. Unserer Ansicht nach bieten diese Vorschläge keine endgültige und gerechte Lösung für die Probleme eines COVID-19-Impfstoffüberschusses und werden dem Bedarf der Gesundheitssysteme, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den finanziellen Interessen der Mitgliedstaaten nicht gerecht.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass einige Mitgliedstaaten bereit sind, alle eingeplanten Dosen zu übernehmen, und wir achten uneingeschränkt die Bedürfnisse und Interessen der Länder, die der vorgeschlagenen fünften Änderung beitreten wollen. Unsere Ablehnung eines Beitritts soll sich nicht nachteilig auf diese Länder auswirken.

Gleichzeitig appellieren wir an die Europäische Kommission und Pfizer, Lösungen auszuarbeiten, die für den Bedarf des jeweiligen nationalen Gesundheitswesens eine echte Lösung bieten und den nationalen Gesundheitssystemen aller Mitgliedstaaten zugutekommen. Niemand sollte zurückgelassen werden.

Die bevorstehende Änderung sollte die öffentlichen und finanziellen Interessen aller Mitgliedstaaten widerspiegeln. Die Kommission sollte Möglichkeiten ausloten, mit Pfizer weiter zu verhandeln, insbesondere über Zahlungen für Nichtlieferungen, sodass die Anzahl der vertraglich vereinbarten Dosen verringert wird, oder selbst die Initiative ergreifen und den Mitgliedstaaten überschüssige Impfstoffdosen abkaufen, um sie bedürftigen Regionen zu spenden.

Wir fordern die Kommission, wenn sie in unserem Namen handelt, auf, eine neue, gerechtere Vereinbarung auszuhandeln, die dem öffentlichen Interesse gerecht wird. Dies erfordert eine deutliche Verringerung der Anzahl der Dosen auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten benötigten Mengen. Wir sind mit Lieferungen, die über den Bedarf der Mitgliedstaaten hinausgehen und die die Mitgliedstaaten nicht wollen, nicht einverstanden, insbesondere angesichts der fehlenden rechtlichen Klarheit in Bezug auf den fortgesetzten Einsatz weiterer Auffrischungsdosen. Darüber hinaus betonen wir, dass die vorgeschlagene „Flexibilitätsgebühr“ eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung darstellt und rechtliche Fragen aufwirft.

Wir fordern Pfizer auf, das Vertrauen in den Impfprozess aufrechtzuerhalten, seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der EU und den Mitgliedstaaten gerecht zu werden und nach Treu und Glauben auf eine für alle faire Lösung hinzuarbeiten, die im Sinne des Gemeinwohls und nicht nur in seinem Geschäftsinteresse liegt.

Unser vorrangiges Interesse ist die öffentliche Gesundheit, in deren Namen wir alle handeln sollten: die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und Pfizer. Dies sollte sowohl auf EU-Ebene als auch auf globaler Ebene berücksichtigt werden.“

-
- erste Lesung
 - Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)
 - Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags
-